

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hannah-Ahrendt-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Gute Arbeit durch Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz ermöglichen - Zukunft der Arbeit gestalten

Rede vom 12. November 2015, 79. Sitzung, Tagesordnungspunkt 31
Abschließende Beratung

Den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen können Sie in der Drucksache [17/2887](#) nachlesen.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr finden Sie in der Drucksache [17/4490](#).

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP steht in der Drucksache [17/4575](#).

Weitere Redner waren:

Ronald Schminke (SPD), Thomas Schremmer (GRÜNE), Dr. Marco Genthe (FDP), Rainer Fredemann (CDU) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Als Nächste hat sich die Kollegin Gabriela König für die FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbst-verständlich haben wir uns immer dafür eingesetzt, dass ordentliche Arbeit und auch der Gesundheitsfaktor in der Arbeit einen hohen Stellenwert haben. Die Unternehmer sind da schon wesentlich weiter als Sie es in Ihrem Antrag hier teilweise vorgestellt haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich will das einmal an ganz kleinen Sachen auseinandernehmen. Wenn Sie sich z. B. ein bisschen mit den Sozialwissenschaften auseinandergesetzt hätten, die bei Ihnen überhaupt keine Rolle spielen, die sich aber schon seit Jahren sehr stark mit diesem Thema befassen - auch eines Ihrer Parteimitglieder, Frau Prof. Jutta Allmendinger -, dann hätten Sie längst gesehen, dass das im Prinzip ein Thema ist, das schon seit Jahren auf der Agenda steht und das die Unternehmen auch durchaus im Fokus haben. Aber die Unternehmen spielen bei Ihnen leider kaum eine Rolle - es sei denn, es sind Großunternehmen.

Zu Nr. 10: Arbeitswissenschaften allein reichen nicht aus. Sie müssen sich auch einmal die Sozialwissenschaften anschauen, die sich mit dem Thema befassen.

Zu Nr. 14: Beim Thema Work-Life-Balance haben Sie nur die Nichterreichbarkeit aufgeführt. Das ist ein wirklich kleiner Aspekt. Dahinter stehen aber ganz andere Punkte, beispielsweise wie man die

Gabriela König MdL, Gute Arbeit durch Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz ermöglichen - Zukunft der Arbeit gestalten, Rede vom 12. November 2015, 79. Sitzung, Tagesordnungspunkt 31, Abschließende Beratung

Bereitschaft nach Feierabend auch noch anders organisieren kann. Es gibt Unternehmen, die da schon eine ganze Menge getan haben.

Zu Nr. 16: Natürlich ist die Arbeitnehmermitbestimmung ein hohes Gut. Sie darf aber auch nicht überstrapaziert werden; denn auch das führt u. a. zu Stress. Das sehen Sie aber überhaupt nicht.

Jutta Allmendinger hat sich auch zur Teilzeit bei Frauen geäußert. Die muss man anders betrachten. Es gibt ganz viele Branchen, die das sehr unterschiedlich sehen. Aber Sie packen das alles in einen Topf, rühren einmal um, und dann war es das für Sie.

(Beifall bei der FDP)

Sie sprechen davon, Anti-Stress-Regelungen ins Gesetz aufzunehmen. - Sie müssen mir mal erzählen, wie man so etwas überhaupt in ein Gesetz einbetten kann. Anti-Stress-Regelungen - das ist eine Art Omnipräsenz, die Sie da schaffen wollen. Das geht absolut gar nicht. Wie wollen Sie das denn hinterher auch noch kontrollieren und nach-vollziehen? - Das ist also auch eine Sache, die sich zwar wunderschön anhört, die aber absolut nicht praktikabel ist.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Was sind denn Ihre Vorschläge? - Gegenruf von Christian Grascha [FDP]: Wir haben einen Antrag vorgelegt!)

Es gibt noch einige andere Sachen. Sie sprechen natürlich u. a. auch wieder über die Leiharbeiter. Natürlich, die Leiharbeiter sind ja an allem schuld.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Nein, genau die nicht! Das haben Sie wieder falsch verstanden! Leider falsch verstanden! - Glocke des Präsidenten)

Haben Sie sich eigentlich einmal angeschaut, dass es mittlerweile einen Preis für Arbeitsschutzmaßnahmen gibt, der ausgelobt worden ist und vom Arbeitsministerium und von der Unfallversicherung vergeben wird? - Da gibt es vier erste Preise, große Preise. Da ist u. a. eine Leiharbeitsfirma dabei. Sie hat einen fantastischen Arbeitsschutz, sie bietet nämlich auch privat- und zahnärztliche Vorsorge, Coaching und Weiterbildung an und ist dafür prämiert worden.

Ich weiß gar nicht, warum Sie immer auf dieser Branche herumhacken. Eben haben Sie es in Ihrer Rede wieder getan. Das sind Unternehmen wie alle anderen auch. Auch sie sorgen für ihre Mitarbeiter. Jeder Unternehmer hier im Land geht davon aus, dass seine Mitarbeiter möglichst gut und ordentlich arbeiten,

(Glocke des Präsidenten)

dass sie vernünftig bezahlt werden und dementsprechend natürlich auch zu ihrem Unternehmen stehen. Glauben Sie vielleicht, dass die von den Unternehmen so schlecht behandelt werden, wie Sie es hier darstellen?

Ich finde, in Ihrem Antrag ist das ein recht schwieriger Punkt. Sie sollten sich endlich einmal dazu bekennen, dass Unternehmen eine Menge tun, und sollten sie nicht immer so abbügeln -

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Und Ihre Vorschläge?)

so nach dem Motto: Wir müssen zusehen, dass die Unternehmen das tun. - Nein, die Unternehmen bringen eine ganze Menge ein, und das muss man auch einmal gutheißen.

(Beifall bei der FDP)

Am Ende der Beratung erfolgte ein Beschluss

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

[...] Meine Damen und Herren, wir sind jetzt am Ende der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der auf Annahme des Antrags in geänderter Fassung zielende Änderungsantrag entfernt sich inhaltlich weiter vom ursprünglichen Antrag als die Beschlussempfehlung. Nach § 39 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 31 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 unserer Geschäftsordnung stimmen wir daher zunächst über diesen Änderungsantrag ab. Nur falls dieser abgelehnt wird, stimmen wir anschließend über die Beschlussempfehlung ab.

Gabriela König MdL, Gute Arbeit durch Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz ermöglichen - Zukunft der Arbeit gestalten, Rede vom 12. November 2015, 79. Sitzung, Tagesordnungspunkt 31, Abschließende Beratung

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/7575 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das Zweite war die Mehrheit. Dem Änderungsantrag wurde also nicht gefolgt.

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden geänderten Fassung annehmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit.